

Schwere Vorwürfe in heiklem Verfahren

Anwalt sieht „Untätigkeit“ der Justiz bei Ermittlungen gegen Mann einer Darmstädter Richterin

Von Pitt von Bebenburg

Die hessische Justiz wehrt sich gegen den Vorwurf eines Frankfurter Rechtsanwalts, sie versuche „ein unangenehmes Strafverfahren auf kaltem Weg zu entsorgen“. Der Verdacht, die Regierung halte ihre schützende Hand über den Ehemann einer CDU-Politikerin und hohen Richterin, sei „wirklich absurd“, sagte Roman Poseck, Sprecher von Justizminister Jürgen Banzer (CDU).

Der Fall hatte bereits vor gut zwei Jahren für Aufsehen gesorgt, als die CDU in Offenbach die Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Darmstadt, Karin Wolski, zu ihrer Oberbürgermeister-Kandidatin machen wollte. Wolski ist auch Richterin am hessischen Staatsgerichtshof, dem höchsten Gericht des Landes. Sie zog ihre OB-Bewerbung damals zurück, als bekannt

wurde, dass gegen ihren Mann Michael Wolski wegen des Verdachts auf Untreue in Millionenhöhe und anderer Delikte ermittelt wurde.

Michael Wolski soll sich in Zusammenarbeit mit einer alten Dame große Vermögenswerte von deren Mann angeeignet haben. Ermittelt wird gegen Michael Wolski und die alte Frau, nicht aber gegen Karin Wolski. Kläger sind Sohn und Schwiegersohn des einst reichen, inzwischen gestorbenen Mannes.

Deren Anwalt Jürgen Fischer hält den Verlauf des Verfahrens für skandalös. Er spricht von „einer besonderen Art des Verfahrensboykotts“.

Der Jurist beklagt die Dauer des Untreue-Verfahrens, in dem seit Monaten keine Ermittlungen mehr gelaufen seien. „So untätig wie hier erlebt man eine Staatsanwaltschaft nur selten“, heißt es in

Fischers Brandbrief an die Anklagebehörde. Mit besonderer Sorge sieht er die Tatsache, dass der Vorwurf der Steuervergehen jüngst abgetrennt und von der Frankfurter an die Darmstädter Staatsan-



Karin Wolski,
Vizepräsidentin
des Verwaltungsgerichts
Darmstadt und
Mitglied der
CDU. WEINER

waltschaft abgegeben wurde. Es sei seltsam zu meinen, „das Verfahren sei, kurz vor seinem Abschluss, in Darmstadt bei einer Staatsanwaltschaft, welche bislang noch nicht mit der Sache befasst war, besser aufgehoben“. Fischers Verdacht: Es solle nur das Steuerverfahren weiterverfolgt

werden, damit Details über die Herkunft der Luxus-Autos und Immobilien des Ehepaars Wolski nicht öffentlich geklärt werden.

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft weist die Vorhaltungen zurück. „Das ist alles nicht zutreffend“, sagt ihre Sprecherin Doris Möller-Scheu. Das Verfahren dauere lange, weil es „ziemlich kompliziert“ sei und „immer wieder Dinge nachgeschoben“ würden. So sei vor einem Jahr eine Anzeige wegen Parteiverrats hinzugekommen und im September 2006 eine Anzeige wegen Totschlags, die inzwischen abgewiesen wurde.

Ministeriumssprecher Poseck stützt die Justizbehörde. Die Frankfurter bearbeiteten das Verfahren „gewissenhaft“, sagte er. Bisher sehe weder die Generalstaatsanwaltschaft noch das Ministerium einen Anlass dazu, dienstaufsichtlich einzuschreiten.